

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses  
am Montag, den 29.01.2024 um 14:30 Uhr  
Ratssaal des Rathauses, Exerzierplatzstraße 17

---

Erschienen sind:

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Herr Thomas Heil

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Herr Jochen Knerr

Herr Tobias Semmet

Herr Ferdinand L. Weber

Herr Erich Weiß

Herr Bastian Welker

Vertreterin für Herrn Sebastian Tilly  
Vertreter für Frau Susanne Krekeler

| Vertreter für Herrn Frank Eschrich

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Tobias Becker

Frau Iris Brandt

Frau Annette Legleitner

Frau Kimberly Lemmens

Frau Talea Meenken

Herr Oliver Minakaran

Herr Andreas Mühlbauer

Herr Gustav Rothhaar

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Peter Schwarz

Jobcenter Pirmasens (TOP 1)

zu Ausbildungszwecken anwesend

Frau Joana Wirz

Abwesend:

Mitglieder

Herr Berthold Stegner

Herr Jürgen Stilgenbauer

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Arbeitsmarktprogramm 2024
2. Vergabeermächtigungen
  - 2.1 Hugo Ball Gymnasium – Dachsanierung Gebäudeteil B  
Erteilung einer Vergabeermächtigung
3. Vorberatung von Ratsbeschlüssen
  - 3.1 Haushaltsberatungen zum Haushalt 2024
    - 3.1.1 Beantwortung offener Fragen
4. Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
5. Anfragen und Informationen

## **zu 1        Arbeitsmarktprogramm 2024**

Herr Schwarz stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) das Arbeitsmarktprogramm 2024 vor.

Ratsmitglied Faroß-Göller zeigt auf, die Mitarbeiter in den Quartieren würden beim Ausfüllen aller Unterlagen helfen. Sie fragt an, ob sich diese Hilfe bemerkbar mache.

Herr Schwarz erklärt, die Mitarbeiter würden sehr gut helfen, allerdings sei dies ein großer Aufwand für die Mitarbeiter. Deshalb stünde das Jobcenter in engem Kontakt mit dem Jugend- und Sozialamt und den Quartieren, wie den Bürgern noch besser geholfen werden könnte. Bezüglich des Jobturbos fügt er hinzu, bei vielen Flüchtlingen würde die Anerkennung der erlernten Berufe sehr lange geprüft. In dieser Zeit versuche das Jobcenter die betroffenen Personen in ihren Zielberufen unterzubringen.

Ratsmitglied Hussong fragt an, ob die Betroffenen eine Chance auf eine Weiterentwicklung hätten, auch wenn sie zuerst in einem niedrigeren Beruf eingestellt würden.

Die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung würde bei den Betrieben vorab abgefragt, teilt Herr Schwarz mit. Sollte eine vollständige Anerkennung vorliegen, sei dies gut. Sollte dies allerdings nicht der Fall sein, versuche das Jobcenter zu unterstützen, damit eine Weiterbildung erfolgen könne.

Ratsmitglied Welker erklärt, die Fallzahlen des Jobcenters seien rückläufig. Er fragt an, wie dieser Rückgang durch die Vermittlung und den Renteneintritt beeinflusst würde.

Herr Schwarz bejaht dies. Allerdings würden auch andere Hilfesysteme die Zahlen beeinflussen.

Ratsmitglied Welker fragt an, ob eine Übersicht der Zahlen zur Struktur der Abgänge aus dem Leistungsbezug zur Verfügung gestellt werden könnte.

Herr Schwarz sagt eine Übersicht zu, wenn die Zahlen ermittelt seien.

Ratsmitglied Hussong fragt an, ob ein aktueller Stand vorliege, welche Verfahren zum aktuellen Zeitpunkt noch offen seien.

Der Vorsitzende zeigt auf, diese Zahlen würden nachgereicht.

Ratsmitglied Hussong bedankt sich bei Herrn Schwarz für die Vorstellung des Arbeitsmarktprogramms 2024. Die jährliche Berichterstattung sei sehr wichtig für die Ratsarbeit. Er fragt an, ob ein Bürger vom Kirchberg auch Hilfe beim Quartierbüro "Mitten drin" in Anspruch nehmen könnten, auch wenn dies nicht das Zuständigkeitsgebiet des Quartierbüros sei.

Der Vorsitzende bejaht dies. Durch die Zusammenarbeit aller Akteure habe man große Fortschritte gemacht.

Herr Hussong erklärt diese Aussage sei sehr zu begrüßen und sei das Ziel des damaligen SPD-Antrages gewesen. Er danke der geleisteten Arbeit in den Quartiersbüros.

Den Dank an die Mitarbeiter in den Quartierbüros nehme er gerne an und gebe ihn entsprechend weiter, teilt der Vorsitzende mit.

Ratsmitglied Eyrisch führt aus, durch die großartige Arbeit der Mitarbeiter in den Quartierbüros entstehe ein großer Mehrwert für die Stadt.

Herr Schwarz fügt hinzu, auch für weitere Erweiterungswünsche in den Quartierbüros seien das Jobcenter und das Jugend- und Sozialamt offen.

Ratsmitglied Faroß-Göller zeigt auf, in den Quartierbüros sei wenig Personal vorhanden, allerdings sei es erstaunlich, wie viele Personen ehrenamtlich helfen würden.

**zu 2      Hugo Ball Gymnasium - Dachsanierung Gebäudeteil B - Kostenvoranschlag und Erteilung Vergabeermächtigung**  
**Vorlage: 1799/II/69/2024**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 19.01.2024.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

- 1) Der Sanierung des Daches des Bauteil B am Hugo-Ball-Gymnasium wird zugestimmt und die qualifizierte Kostenschätzung auf insgesamt

**500.000,00 € brutto**

festgestellt.

- 2) Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal 100.000,00 € brutto (20%) maximal ein Betrag von 600.000,00 € die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Finanzierung erfolgt über 2170000009 „Sanierung Hugo-Ball-Gymnasium“

**zu 3      Vorberatung von Ratsbeschlüssen**

**zu 3.1      Haushaltsberatungen zum Haushalt 2024**

**zu 3.1.1      Beantwortung offener Fragen**

Beigeordneter Clauer nimmt Bezug auf die Haushaltsberatung am 15.01.2024 und die dort angefragten Zahlen zum Kulturbereich und erklärt, der Kulturausschuss sei in seiner letzten Sitzung ausführlich informiert worden. Das Pirmasenser Museum hätten im Jahr 2022 877 und im Jahr 2023 1.835 Personen besucht. Für das Museum sei allerdings mit Defiziten zu rechnen. Für das Stadtarchiv seien 40.000 € eingeplant worden. Da das Stadtarchiv in den kommenden Jahren in die Messe umziehen solle, müssten hierfür im Jahr 2025 rund 790.000 € für den Umzug eingeplant werden.

Im Bereich Feste, Bälle und Partnerschaften sei mit einem Defizit von rund 200.000 € zu rechnen. An dem Ball des Oberbürgermeisters hätten im vergangenen Jahr circa 263 Besucher teilgenommen.

Sodann leitet er über zum Kulturbereich. Insgesamt hätten im Jahr 2022 7.163 Personen die Veranstaltungen und Konzerte besucht. Im Jahr 2023 seien es 8.750 Besucher gewesen. In diesem Jahr würde man mit noch mehr Besuchern rechnen, da bereits jetzt 5 Veranstaltun-

gen ausgebucht seien und die Ticketanfragen erstaunlich hoch seien. Aufgrund der guten Entwicklungen müsse auch mit mehr Kosten gerechnet werden, da so mehr Veranstaltungen stattfinden könnten. In der Folge hätte man dann auch mehr Einnahmen.

Bezüglich des Hugo-Ball-Preises sei zu sagen, dass noch nicht sicher feststehe, ob der Preis angenommen würde.

Bürgermeister Maas erklärt, in der vorherigen Hauptausschusssitzung sei eine Nachfrage bezüglich der Unterhaltungskosten des Gripes gestellt worden. Hierzu sei zu sagen, dass 2022 Kosten in Höhe von 38.000,00 € angefallen seien. Seit der Gründung seien 28 Start-Ups angesiedelt gewesen. Zum jetzigen Zeitpunkt seien 4 Start-Ups eingemietet.

Der Vorsitzende fragt an, ob alle Fraktionen bei der Verabschiedung des Haushaltes in der kommenden Stadtratssitzung mit einer Redezeitbegrenzung von 15 Minuten einverstanden seien.

Hierzu gibt es seitens der anwesenden Hauptausschussmitglieder keine Einwände.

#### **zu 4      Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO** **Vorlage: 1790/I/10.1/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung über-sandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 15.12.2023.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Annahme der folgenden Spenden:

##### Geldspende:

Spender	Zweck	Betrag
Lions Hilfe Pirmasens	Spende zur Durchführung der Nikolausfeier 2023 für die vom Jugendamt untergebrachten Pflegekinder zusammen mit den Pflegeeltern	500,00 €

##### Sachspende:

Spender	Zweck	Betrag
Frau Ulrike Strucks und Frau Ortrud Schmidt	Spende von Waldflächen die zur Arrondierung des Stadtwaldkomplexes und die Grünflächen, welche am Bachlauf liegt, könne als Überschwemmungsfläche im Rahmen des Starkregenkonzeptes genutzt werden.	1.668,50 €

#### **zu 5      Anfragen und Informationen**

##### **zu 5.1      Beantwortung von Anfragen**

Es liegen keine Informationen vor.

## **zu 5.2      Informationen**

### **zu 5.2.1    Einkreisung**

Der Vorsitzende zeigt auf, heute sei für die Kommunen in Rheinland-Pfalz ein Freudentag, denn das Land habe entschieden, dass Städte wie Pirmasens selbstständig bleiben. Eine Einkreisung sei somit vom Tisch.

Als er 2019 Oberbürgermeister geworden sei, habe beim Land ein Gutachten auf dem Tisch gelegen, das eine Einkreisung von Pirmasens und Zweibrücken in den Landkreis Südwestpfalz empfehle. Das Gutachten sei allerdings nicht überzeugend gewesen. Es hätte zum Beispiel die Chance der Digitalisierung und der freiwilligen Zusammenarbeit weitgehend ausgeklammert. Und es hätte die Risiken einer Einkreisung für die Bürger nicht hinreichend beleuchtet.

Deshalb hätte er sich damals zum Ziel gesetzt, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, dass Pirmasens seine Selbstständigkeit behält und zu zeigen, dass es bessere Alternativen gebe. Zum Beispiel die freiwillige Zusammenarbeit.

2020 habe man erreichen können, dass zunächst die freiwillige Zusammenarbeit geprüft werde, bevor so weitreichende Entscheidungen, wie eine Einkreisung getroffen würden. Pirmasens, Zweibrücken und der Landkreis seien eine von drei Modellregionen im Land gewesen und das mit Erfolg. Landrätin Susanne Ganster, Oberbürgermeister Marold Wosnitza und er seien auf dem Weg, künftig noch enger zusammen zu arbeiten.

Vor der heutigen Sitzung habe er in Mainz mit Innenminister Michael Ebling, Landrat Achim Schwickert und Bürgermeister Aloysius Söhngen eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Pirmasens und Zweibrücken würden also selbstständig bleiben. Dies sei ein riesiger Erfolg für die ganze Südwestpfalz und ihre Bürger und ein guter Tag für alle Kommunen in Rheinland-Pfalz.

## **zu 5.3      Anfragen der Ratsmitglieder**

### **zu 5.3.1    Anfrage Ratsmitglied Eyrisch bzgl. „Einführung einer Bezahlkarte für Bezieher nach dem Asylbewerbergesetz“**

Ratsmitglied Eyrisch zeigt auf, im vergangenen November habe die Ministerpräsidentenkonferenz die Einführung einer Bezahlkarte für Bezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vereinbart. Die Bezahlkarte solle dabei vergleichbar mit einer gängigen Girokarte zur Zahlung in Geschäften für Waren des täglichen Bedarfs genutzt werden können. Überweisungen seien damit nicht möglich. Lediglich das Taschengeld würde noch als Barmittel direkt ausgezahlt, beziehungsweise könne über die Karte an Geldautomaten abgehoben werden. Neben dem Abfluss von Finanzmitteln ins Ausland solle durch die Bezahlkarte insbesondere Verwaltungsaufwand reduziert werden. Ein weiterer interessanter Aspekt der Karte sei, dass man die Akzeptanzstellen einschränken könne. So wolle beispielsweise der thüringische Landkreis Greiz dafür sorgen, dass ausgezahlte Mittel in der Region bleiben.

Während Greiz in Thüringen schon über erste Praxiserfahrungen berichtet und auch bayrische und baden-württembergische Städte und Landkreise bereits die Einführung prüfen, dauere es auf Bundesebene leider länger – allein für ihre verbindliche Zusage, dabei zu sein oder nicht, hätten die Bundesländer bis März Zeit.

Daher fragt sie an, wie der aktuelle Stand in Rheinland-Pfalz sei und ob die Stadt Pirmasens das Projekt frühzeitiger umsetzen könne, gegebenenfalls auch ohne die Entscheidung des Landes abzuwarten.

Der Vorsitzende erklärt, er sei im Gespräch mit dem für die Bezahlkarte zuständigen rheinland-pfälzischen Integrationsministerium und hätte dieses Thema auch beim Städtetag Rheinland-Pfalz angesprochen. Bisher sei allerdings noch nicht klar, wie das Land vorgehen wolle. Die Bezahlkarte könne bundesweit oder landesweit eingeführt werden. Sollte dies bei des nicht erfolgen, könne die Kommune entscheiden, ob die Bezahlkarte eingeführt werden soll. Der aktuelle Sachstand solle nochmals beim Land angefragt werden. Er rechne allerdings damit, dass auf einer größeren Ebene etwas erfolge.

Ratsmitglied Hussong teilt mit, er rechne mit einer landesweiten Lösung. Eine kommunale Lösung sei schwierig, denn die Leistungen, die gewährt würden, könnten nur in Pirmasens mit der Bezahlkarte eingelöst werden. Würde eine landesweite Lösung erfolgen, hätten die Bezahlkarteninhaber mehr Möglichkeiten.

Ratsmitglied Eyrisch fügt hinzu, auch sie hoffe auf eine landesweite Möglichkeit. Allerdings solle nicht so lange abgewartet werden. Komme das Land nicht in die Gänge, solle sich die Verwaltung Gedanken über eine kommunale Lösung machen.

#### **zu 5.3.2 Anfrage Ratsmitglied Faroß-Göller bzgl. "Einführung von Stelengräbern auf dem Friedhof Ruhbank"**

Ratsmitglied Faroß-Göller fragt an, ob auf dem Friedhof Ruhbank die Einführung von Stelengräbern ebenfalls möglich sei.

Bürgermeister Maas zeigt auf, zuerst würden die Stelengräber in den Vororten eingeführt. Danach könne festgestellt werden, wie hoch die Nachfrage für solche Stelengräber sei. Daraufhin könnten auch auf dem Friedhof Ruhbank die Stelengräber eingeführt werden.

Ratsmitglied Hussong fügt hinzu, alle Änderungen für die Friedhöfe der Vororte, sollte auch für den Friedhof Ruhbank gelten, da dieser vom Prinzip gleich sei, wie die Friedhöfe der Vororte.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 15.40 Uhr.

Pirmasens, den 13. März 2024

gez. Markus Zwick  
Vorsitzender

gez. Anne Vieth  
Protokollführung